

Der Arbeitsmarkt in Deutschland	49
Abwanderung von Arbeitskräften und Einkommenspolitik in Ostdeutschland	58

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 5-6/92

Berlin

30. Januar 1992

59. Jahrgang

Der Arbeitsmarkt in Deutschland

Abschwächung des westdeutschen Beschäftigungsbooms

Die Abkühlung der Konjunktur in Westdeutschland hat dazu geführt, daß die Zahl der Erwerbstätigen nach der Jahresmitte 1991 verlangsamt gestiegen ist. Im Vorjahresvergleich ergab sich im Durchschnitt des zweiten Halbjahrs — einschließlich der Einpendler aus Ostdeutschland — ein Zuwachs von 2,8 vH. Allerdings war im vierten Quartal die Abschwächung sehr ausgeprägt. Ohne die Einpendler sank die — nach dem „Inländerkonzept“¹ ermittelte — Erwerbstätigenzahl von Juli bis November saisonbereinigt um reichlich 100 000.

Die schwächere Nachfrage am Arbeitsmarkt wirkte sich bisher nicht auf die saisonbereinigte Zahl der Arbeitslosen aus, die — nach einem Anstieg von April bis Juli — bis zuletzt rückläufig war.

Dieser Rückgang der Arbeitslosigkeit in Westdeutschland im Verlauf des vergangenen Jahres blieb in der öffentlichen Diskussion wiederum fast unbemerkt, da überwiegend Zahlen diskutiert werden, die nicht saisonbereinigt sind. Das Sinken der Ursprungswerte der Arbeitslosigkeit im Frühjahr und Sommer sowie der Anstieg im Herbst und Winter sagen jedoch nichts über den ökonomisch relevanten Verlauf aus. Für eine Analyse der Nachfrageverhältnisse auf dem Arbeitsmarkt, die durch den Indikator „Arbeitslosigkeit“ gemessen werden, ist daher die Bereinigung um jahreszeitliche Einflüsse dringend notwendig.

Die Abnahme der Arbeitslosigkeit bis zum Jahresende trotz stagnierender Produktion erklärt sich unter anderem daraus, daß die Unternehmen — offensichtlich in der Erwartung einer nur vorübergehenden Abschwächung — mit dem Einsatz von Kurzarbeit reagierten und Entlassungen

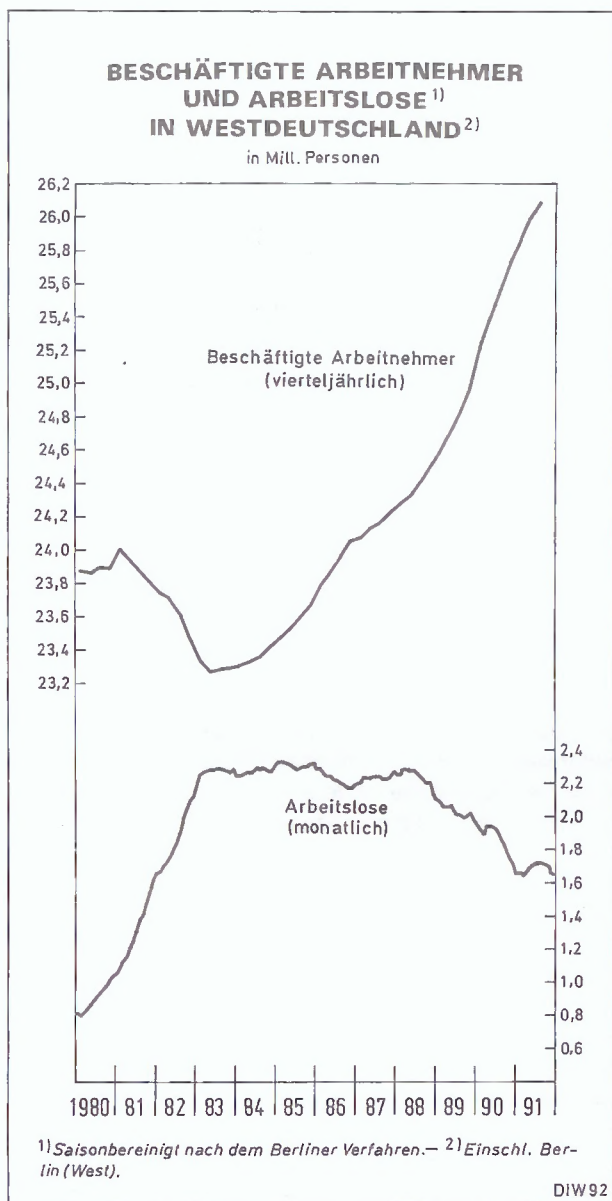
vermieden. Insgesamt erhöhte sich die Zahl der Kurzarbeiter von Januar bis Dezember 1991 saisonbereinigt um mehr als 100 000. Besonders betroffen waren davon der Maschinenbau und die Elektrotechnik.

Weiterer Rückgang der Beschäftigung in Ostdeutschland

In Ostdeutschland hat sich die Zahl der Erwerbstätigen im Verlauf des Jahres 1991 stark verringert. Im vierten Quartal² ist sie gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal um gut 1,6 Mill. auf knapp 6,4 Mill. gesunken. In diesem Bestand sind allerdings auch fast 400 000 Personen in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) und etwa 1,1 Mill. Kurzarbeiter enthalten. Trotz des starken Abbaus von Arbeitsplätzen hat sich die gemessene Zahl der Arbeitslosen in Ostdeutschland indes nicht wesentlich verändert. Maßgeblich dafür war der massive Einsatz von Instrumenten der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Entlastet wurde der ostdeutsche Arbeitsmarkt zusätzlich durch 390 000 Plätze in Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung (Stand Jahresende 1991). Hinzu kamen etwa 660 000 Personen, die den Arbeitsmarkt mit Hilfe der in Ostdeutschland geltenden Altersregelungen verließen. Eine

¹ Die Erwerbstätigenzahlen nach dem Inländer- und dem Inlandskonzept unterscheiden sich durch den Saldo der Ein- und Auspendler. Insbesondere die stark steigende Pendlerzahl aus Ostdeutschland hat dazu geführt, daß die nach dem Inlandskonzept gemessene Erwerbstätigkeit — hierin sind die Pendler enthalten — stärker steigt als die nach dem Inländerkonzept.

² Für Ostdeutschland ist eine Saisonbereinigung nicht durchführbar, da noch nicht genügend Werte zur Verfügung stehen.



wesentliche Rolle spielten schließlich mehr als eine halbe Million Pendler, die in Westdeutschland einen Arbeitsplatz gefunden haben³⁾.

Die Arbeitsmarktpolitik in Ostdeutschland wird unter dem Eindruck des massiven Einsatzes der Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik und der damit verbundenen Kosten vielfach kritisiert. Dabei sind viele Aspekte zu berücksichtigen. Der Erfolg der Arbeitsmarktpolitik auf längere Frist hängt insbesondere davon ab, in welchem Maße sich ein „zweiter Arbeitsmarkt“ etabliert, der nicht-marktwirtschaftlichen Orientierungen folgt. Angesichts des rapiden Zusammenbruchs der ostdeutschen Wirtschaft und der damit verbundenen Auswirkungen ist der massive Einsatz von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen kurzfristig durchaus zu rechtfertigen, denn ohne diese Maßnahmen

hätte die Arbeitslosenquote etwa 35 vH betragen. Vorwiegend auf diese Instrumente zu bauen, wäre allerdings fatal. Das primäre Ziel muß es sein, die Instrumente so auszugestalten und den Mitteleinsatz so zu steuern, daß die Arbeitsplätze des „zweiten Arbeitsmarktes“ auf mittlere Frist wieder in den ersten Arbeitsmarkt überführt werden. Dafür müssen auch Anreize bei den Arbeitskräften selbst geschaffen werden. Es ist deshalb zu erwägen, ABM-Kräfte nach einem gesonderten Tarif zu bezahlen, dessen Höhe signifikant über der Arbeitslosenunterstützung, aber unter den geltenden Tariflöhnen und -gehältern liegt. Die in jüngster Zeit diskutierte Beschränkung der Dauer von ABM auf sechs Monate ist dagegen weniger geeignet, den zweiten Arbeitsmarkt transparent zu machen. In einer so kurzen Zeit ist eine sinnvolle Beschäftigung kaum zu erreichen. ABM würde damit lediglich zu einer Beschäftigungstherapie degradiert.

Entscheidend für den Erfolg der Arbeitsmarktpolitik ist aber letztlich, daß auf dem „ersten Arbeitsmarkt“ genügend Arbeitsplätze geschaffen werden bzw. erhalten bleiben. Hierbei spielen die gesamtwirtschaftliche Lage und die Lohnpolitik eine entscheidende Rolle.

Lohnentwicklung in Ostdeutschland

Die Gründe für die Wettbewerbsschwäche der ostdeutschen Wirtschaft sind vielfältig. Neben der mangelnden Infrastruktur, dem Fehlen von qualifiziertem Leitungspersonal, dem Verlust von Vertriebswegen und einer unzureichenden Produktpalette wird in der Diskussion immer wieder auch die zu schnelle Lohnanpassung genannt.

Das Lohnniveau determiniert in einer Wirtschaft, die auf den Märkten für handelbare Güter mit anderen Ländern konkurriert, die internationale Wettbewerbsfähigkeit. Um Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten, darf das Tempo der Lohnsteigerung den Produktivitätsfortschritt im Mittel nicht stärker übersteigen, als das bei den Handelspartnern der Fall ist.

Schon die Ausgangssituation der ostdeutschen Industrie im zweiten Halbjahr 1990 war extrem schlecht. Die Unternehmen machten im Durchschnitt der Industrie Verluste (Tabelle „Lohnquote“, ..., Spalte 1, Seite 54). Die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit überstiegen in den meisten Branchen die Nettowertschöpfung zu Faktorkosten, also das zur Verteilung zur Verfügung stehende Einkommen. Die Verluste der Unternehmen wurden durch massive Subventionierung ausgeglichen. Durch die Freisetzung von Arbeitskräften versuchten in der Folge viele Unternehmen, ihre Kostensituation zu verbessern und die Verlustzone zu verlassen. Das ist im Durchschnitt der Indu-

³⁾ Für eine ausführliche Analyse der Arbeitskräftewanderung von Ost- nach Westdeutschland vgl.: Pendler und Migranten — Zur Arbeitskräftemobilität in Ostdeutschland. Bearb.: Wolfgang Scheremet und Jürgen Schupp. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 3/1992.

**Beschäftigte und Einkommen der Arbeitnehmer¹⁾ in Westdeutschland²⁾
im 2. Quartal 1991**

Wirtschaftsbereich	Absolute Zahlen								Veränderung gegen- über Vorjahr in vH			
	Männer				Frauen				Ins- gesamt	Männer	Frauen	Ins- gesamt
Gesamt	Arbeiter	Ang. u. Beamte	Auszu- bildende	Gesamt	Arbeiter	Ang. u. Beamte	Auszu- bildende					
Beschäftigte Arbeitnehmer (in 1000 Personen)												
Land- und Forstwirtschaft	165	120	27	18	81	52	20	9	246	1,9	1,2	1,7
Bergbau	159	115	31	13	7	2	5	0	166	-4,8	0,0	-4,6
Energiewirtschaft	232	131	89	12	42	9	30	3	274	2,7	2,4	2,6
Verarbeitendes Gewerbe ³⁾	6027	3971	1666	390	2490	1465	899	126	8517	2,1	3,4	2,5
dav.: Grundstoff- u. Prod.-güter	1158	769	331	58	285	108	163	14	1443	0,7	1,8	0,9
Investitionsgüter	3370	2136	1003	231	1067	602	425	40	4437	1,7	2,2	1,8
Verbrauchsgüter	1046	750	236	60	797	577	186	34	1843	2,3	3,5	2,8
Nahrungs- und Genußmittel	453	316	96	41	341	178	125	38	794	9,2	8,3	8,8
Baugewerbe	1527	1199	201	127	179	21	145	13	1706	1,3	3,5	1,5
Produzierendes Gewerbe	7945	5416	1987	542	2718	1497	1079	142	10663	1,8	3,3	2,2
Handel	1668	530	1053	85	2167	314	1735	118	3835	6,3	6,9	6,6
Verkehr ⁴⁾	1082	523	512	47	399	109	272	18	1481	1,0	1,5	1,2
Handel und Verkehr	2750	1053	1565	132	2566	423	2007	136	5316	4,2	6,0	5,0
Öffentlicher Dienst ⁵⁾	2485	349	2096	40	1724	238	1415	71	4209	0,0	1,1	0,4
Geld-, Bank- u. Versicherungsgewerbe	464	16	412	36	521	34	451	36	985	2,0	2,2	2,1
Gastgewerbe	244	136	86	22	383	218	133	32	627	0,4	0,5	0,5
Dienstleistungshandwerk ⁶⁾	253	212	32	9	782	652	81	49	1035	2,8	2,5	2,6
Sonstige Dienstleistungen ⁷⁾	1133	251	815	67	1804	301	1248	255	2937	2,3	2,3	2,3
Dienstleistungen, gesamt	4579	964	3441	174	5214	1443	3328	443	9793	0,9	1,8	1,4
Insgesamt	15439	7553	7020	866	10579	3415	6434	730	26018	2,0	3,2	2,4
Bruttolöhne und -gehälter (in Mill. DM) ⁸⁾												
Land- und Forstwirtschaft	1392	961	389	42	563	336	207	20	1955	6,5	7,2	6,7
Bergbau	2190	1431	704	55	99	19	80	0	2289	1,0	8,8	1,3
Energiewirtschaft	2939	1528	1372	39	446	77	360	9	3385	7,4	7,7	7,4
Verarbeitendes Gewerbe ³⁾	83891	48097	34796	998	24074	11471	12290	313	107965	8,5	9,9	8,8
dav.: Grundstoff- u. Prod.-güter	17807	9969	7685	153	3364	950	2378	36	21171	5,2	5,9	5,3
Investitionsgüter	48909	27069	21249	591	11669	5293	6275	101	60578	8,8	9,8	9,0
Verbrauchsgüter	12290	7866	4264	160	6426	4106	2231	89	18716	9,6	10,8	10,0
Nahrungs- und Genußmittel	4885	3193	1598	94	2615	1122	1406	87	7500	14,7	13,6	14,3
Baugewerbe	17174	13435	3396	343	1642	175	1433	34	18816	8,9	12,4	9,2
Produzierendes Gewerbe	106194	64491	40268	1435	26261	11742	14163	356	132455	8,3	10,0	8,7
Handel	19392	4809	14397	186	17334	2209	14870	255	36726	13,1	14,0	13,5
Verkehr ⁴⁾	12277	5231	6927	119	3830	732	3053	45	16107	9,6	10,3	9,8
Handel und Verkehr	31669	10040	21324	305	21164	2941	17923	300	52833	11,7	13,3	12,4
Öffentlicher Dienst ⁵⁾	29623	3447	26066	110	17375	1554	15628	193	46998	9,4	10,9	9,9
Geld-, Bank- u. Versicherungsgewerbe	6842	164	6568	110	5731	277	5345	109	12573	9,2	9,5	9,3
Gastgewerbe	2168	1085	1035	48	2209	1189	953	67	4377	6,6	7,0	6,8
Dienstleistungshandwerk ⁶⁾	1948	1545	387	16	4288	3564	640	84	6236	9,1	9,3	9,3
Sonstige Dienstleistungen ⁷⁾	12559	2209	10191	159	11694	1740	9360	594	24253	9,0	9,5	9,2
Dienstleistungen, gesamt	53140	8450	44247	443	41297	8324	31926	1047	94437	9,1	9,9	9,5
Insgesamt	192395	83942	106228	2225	89285	23343	64219	1723	281680	9,1	10,7	9,6
Monatliches Durchschnittseinkommen (in DM) ⁸⁾												
Land- und Forstwirtschaft	2812	2669	4802	778	2317	2154	3450	741	2649	4,6	5,9	5,0
Bergbau	4591	4148	7570	1410	4714	3167	5333	4596	6,0	8,8	6,2	
Energiewirtschaft	4223	3888	5139	1083	3540	2852	4000	1000	4118	4,6	5,2	4,7
Verarbeitendes Gewerbe ³⁾	4640	4037	6962	853	3223	2610	4557	828	4225	6,2	6,3	6,2
dav.: Grundstoff- u. Prod.-güter	5126	4321	7739	879	3935	2932	4863	857	4891	4,5	4,1	4,4
Investitionsgüter	4838	4224	7062	853	3645	2931	4922	842	4551	7,0	7,4	7,1
Verbrauchsgüter	3917	3496	6023	889	2688	2372	3998	873	3385	7,1	7,0	7,0
Nahrungs- und Genußmittel	3595	3368	5549	764	2556	2101	3749	763	3149	5,1	5,0	5,1
Baugewerbe	3749	3735	5632	900	3058	2778	3294	872	3676	7,4	8,6	7,5
Produzierendes Gewerbe	4455	3969	6755	883	3221	2615	4375	836	4141	6,4	6,5	6,3
Handel	3875	3025	4557	729	2666	2345	2857	720	3192	6,4	6,7	6,5
Verkehr ⁴⁾	3782	3334	4510	844	3200	2239	3741	833	3625	8,5	8,6	8,5
Handel und Verkehr	3839	3178	4542	770	2749	2318	2977	735	3313	7,3	6,9	7,0
Öffentlicher Dienst ⁵⁾	3974	3292	4145	917	3359	2176	3682	906	3722	9,4	9,7	9,5
Geld-, Bank- u. Versicherungsgewerbe	4915	3417	5314	1019	3667	2716	3950	1009	4255	7,1	7,2	7,1
Gastgewerbe	2962	2659	4012	727	1923	1818	2388	698	2327	6,2	6,4	6,3
Dienstleistungshandwerk ⁶⁾	2567	2429	4031	593	1828	1822	2634	571	2008	6,1	6,7	6,5
Sonstige Dienstleistungen ⁷⁾	3695	2934	4168	791	2161	1927	2500	776	2753	6,5	7,1	6,8
Dienstleistungen, gesamt	3868	2922	4286	849	2640	1923	3198	788	3214	8,1	8,0	8,0
Insgesamt	4154	3705	5044	856	2813	2278	3327	787	3609	7,0	7,3	7,0

¹⁾ Inländerkonzept; einschl. Heimarbeiter. — ²⁾ Einschl. Berlin (West). — ³⁾ Einschl. produzierendes Handwerk u. sonst. Kleingewerbe. — ⁴⁾ Einschl. Bundesbahn und Bundespost (Postbank, Postdienst, Telekom). — ⁵⁾ Einschl. Soldaten. — ⁶⁾ U.a. fotografisches Gewerbe, Wäschereien, Friseure, Gebäudereinigung. — ⁷⁾ Insbesondere freie Berufe, Organisationen ohne Erwerbszweck und private Haushalte. — ⁸⁾ Einschl. tariflicher und außertariflicher Sonderzahlungen (13. Monatseinkommen, Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld, Gratifikationen u.a.).
Quelle: Berechnungen des DIW unter Verwendung amtlicher Statistiken.

**Beschäftigte und Einkommen der Arbeitnehmer¹⁾ in Westdeutschland²⁾
im 3. Quartal 1991**

Wirtschaftsbereich	Absolute Zahlen									Veränderung gegen- über Vorjahr in vH		
	Männer				Frauen				Ins- gesamt	Männer	Frauen	Ins- gesamt
Gesamt	Arbeiter	Ang. u. Beamte	Auszu- bildende	Gesamt	Arbeiter	Ang. u. Beamte	Auszu- bildende					
Beschäftigte Arbeitnehmer (in 1000 Personen)												
Land- und Forstwirtschaft	169	125	27	17	83	54	20	9	252	1,2	2,5	1,6
Bergbau	157	114	31	12	7	2	5	0	164	-5,4	0,0	-5,2
Energiewirtschaft	233	132	89	12	42	9	30	3	275	2,2	2,4	2,2
Verarbeitendes Gewerbe ³⁾	6054	3997	1675	382	2508	1479	907	122	8562	1,2	2,4	1,5
dav.: Grundstoff- u. Prod.-güter	1164	774	334	56	287	110	164	13	1451	0,2	1,4	0,4
Investitionsgüter	3378	2143	1008	227	1071	605	428	38	4449	0,6	1,0	0,7
Verbrauchsgüter	1048	752	237	59	799	578	187	34	1847	1,8	3,0	2,3
Nahrungs- und Genußmittel	464	328	96	40	351	186	128	37	815	6,7	6,4	6,5
Baugewerbe	1571	1243	201	127	180	21	146	13	1751	1,4	2,9	1,5
Produzierendes Gewerbe	8015	5486	1996	533	2737	1511	1088	138	10752	1,1	2,4	1,4
Handel	1667	530	1053	84	2177	318	1743	116	3844	5,8	6,2	6,0
Verkehr ⁴⁾	1087	528	512	47	402	111	273	18	1489	0,6	1,5	0,9
Handel und Verkehr	2754	1058	1565	131	2579	429	2016	134	5333	3,7	5,4	4,5
Öffentlicher Dienst ⁵⁾	2486	350	2096	40	1728	238	1419	71	4214	0,0	1,0	0,4
Geld-, Bank- u. Versicherungsgewerbe	467	16	415	36	522	34	452	36	989	2,0	2,2	2,1
Gastgewerbe	248	140	87	21	393	225	136	32	641	0,0	0,8	0,5
Dienstleistungshandwerk ⁶⁾	252	211	32	9	778	649	81	48	1030	3,3	3,0	3,1
Sonstige Dienstleistungen ⁷⁾	1127	251	810	66	1804	301	1248	255	2931	2,8	2,9	2,8
Dienstleistungen, gesamt	4580	968	3440	172	5225	1447	3336	442	9805	1,1	2,0	1,6
Insgesamt	15518	7637	7028	853	10624	3441	6460	723	26142	1,5	2,9	2,1
Bruttolöhne und -gehälter (in Mill. DM)⁸⁾												
Land- und Forstwirtschaft	1511	1062	409	40	625	372	233	20	2136	6,6	8,5	7,2
Bergbau	2134	1409	673	52	98	19	79	0	2232	2,5	8,9	2,8
Energiewirtschaft	3123	1635	1449	39	465	80	376	9	3588	8,7	9,4	8,8
Verarbeitendes Gewerbe ³⁾	81641	48054	32604	983	23649	11639	11704	306	105290	7,0	8,3	7,3
dav.: Grundstoff- u. Prod.-güter	16707	9656	6901	150	3125	940	2151	34	19832	6,0	7,3	6,2
Investitionsgüter	48155	27428	20146	581	11550	5420	6034	96	59705	5,8	7,6	6,9
Verbrauchsgüter	11906	7715	4033	158	6355	4133	2132	90	18261	7,9	9,0	8,3
Nahrungs- und Genußmittel	4873	3255	1524	94	2619	1146	1387	86	7492	11,8	11,2	11,6
Baugewerbe	17818	14173	3301	344	1615	178	1403	34	19433	8,9	8,2	8,8
Produzierendes Gewerbe	104716	65271	38027	1418	25827	11916	13562	349	130543	7,3	8,3	7,5
Handel	20632	5148	15298	186	18435	2383	15797	255	39067	13,6	14,4	14,0
Verkehr ⁴⁾	12862	5522	7221	119	4033	783	3205	45	16895	9,0	10,1	9,3
Handel und Verkehr	33494	10670	22519	305	22468	3166	19002	300	55962	11,8	13,6	12,5
Öffentlicher Dienst ⁵⁾	31419	3665	27643	111	18329	1653	16481	195	49748	9,0	10,3	9,5
Geld-, Bank- u. Versicherungsgewerbe	7379	181	7085	113	6136	298	5726	112	13515	9,6	10,3	9,9
Gastgewerbe	2354	1206	1101	47	2417	1319	1030	68	4771	7,3	8,2	7,8
Dienstleistungshandwerk ⁶⁾	2073	1641	416	16	4526	3752	691	83	6599	11,0	11,2	11,2
Sonstige Dienstleistungen ⁷⁾	13282	2363	10760	159	12484	1869	10015	600	25766	11,0	11,4	11,2
Dienstleistungen, gesamt	56507	9056	47005	446	43892	8891	33943	1058	100399	9,5	10,6	10,0
Insgesamt	196228	86059	107960	2209	92812	24345	66740	1727	289040	8,7	10,6	9,3
Monatliches Durchschnittseinkommen (in DM)⁸⁾												
Land- und Forstwirtschaft	2980	2832	5049	784	2510	2296	3883	741	2825	5,4	5,9	5,5
Bergbau	4531	4120	7237	1444	4667	3167	5267	.	4537	8,4	8,9	8,5
Energiewirtschaft	4468	4129	5427	1083	3690	2963	4178	1000	4349	6,4	6,8	6,4
Verarbeitendes Gewerbe ³⁾	4495	4008	6488	858	3143	2623	4301	836	4099	5,8	5,8	5,7
dav.: Grundstoff- u. Prod.-güter	4784	4158	6887	893	3630	2848	4372	872	4556	5,8	5,8	5,7
Investitionsgüter	4752	4266	6662	853	3595	2986	4699	842	4473	6,1	6,5	6,2
Verbrauchsgüter	3787	3420	5672	893	2651	2384	3800	882	3296	5,9	5,8	5,8
Nahrungs- und Genußmittel	3501	3308	5292	783	2487	2054	3612	775	3064	4,9	4,5	4,8
Baugewerbe	3781	3801	5474	903	2991	2825	3203	872	3699	7,4	5,2	7,2
Produzierendes Gewerbe	4355	3966	6351	887	3145	2629	4155	843	4047	6,1	5,8	6,0
Handel	4126	3238	4843	738	2823	2498	3021	733	3388	7,4	7,7	7,5
Verkehr ⁴⁾	3944	3486	4701	844	3344	2351	3913	833	3782	8,3	8,4	8,3
Handel und Verkehr	4054	3362	4796	776	2904	2460	3142	746	3498	7,8	7,7	7,6
Öffentlicher Dienst ⁵⁾	4213	3490	4396	925	3536	2315	3872	915	3935	9,0	9,2	9,0
Geld-, Bank- u. Versicherungsgewerbe	5267	3771	5691	1046	3918	2922	4223	1037	4555	7,5	8,0	7,7
Gastgewerbe	3164	2871	4218	746	2050	1954	2525	708	2481	7,3	7,4	7,3
Dienstleistungshandwerk ⁶⁾	2742	2592	4333	593	1939	1927	2844	576	2136	7,5	7,9	7,8
Sonstige Dienstleistungen ⁷⁾	3928	3138	4428	803	2307	2070	2675	784	2930	7,9	8,3	8,1
Dienstleistungen, gesamt	4113	3118	4555	864	2800	2048	3392	798	3413	8,4	8,4	8,3
Insgesamt	4215	3756	5120	863	2912	2358	3444	796	3686	7,0	7,5	7,0

¹⁾ Inländerkonzept; einschl. Heimarbeiter. — ²⁾ Einschl. Berlin (West). — ³⁾ Einschl. produzierendes Handwerk u. sonst. Kleingewerbe. — ⁴⁾ Einschl. Bundesbahn und Bundespost (Postbank, Postdienst, Telekom). — ⁵⁾ Einschl. Soldaten. — ⁶⁾ U.a. fotografisches Gewerbe, Wäschereien, Friseure, Gebäudereinigung. — ⁷⁾ Insbesondere freie Berufe, Organisationen ohne Erwerbszweck und private Haushalte. — ⁸⁾ Einschl. tariflicher und außertariflicher Sonderzahlungen (13. Monatslohn, Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld, Gratifikationen u.a.).

Quelle: Berechnungen des DIW unter Verwendung amtlicher Statistiken.

Beschäftigte Arbeitnehmer¹⁾ in Westdeutschland²⁾

	1988	1989				1990				1991		
	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III
Absolute Zahlen in Tausend												
Land- u. Forstwirtschaft	238	204	234	245	233	208	242	248	238	212	246	252
Bergbau	190	187	184	183	180	177	174	173	170	168	166	164
Energiewirtschaft	262	262	263	263	264	265	267	269	271	272	274	275
Verarbeitendes Gewerbe ³⁾	8073	8036	8075	8189	8227	8259	8311	8433	8481	8503	8517	8562
dav.: Grundstoff- u. Prod.-güter	1422	1402	1412	1430	1433	1421	1430	1445	1444	1441	1443	1451
Investitionsgüter	4189	4188	4213	4274	4300	4329	4359	4418	4431	4439	4437	4449
Verbrauchsgüter	1735	1738	1745	1758	1765	1781	1792	1805	1820	1832	1843	1847
Nahrungs- u. Genußmittel	727	708	705	727	729	728	730	765	786	791	794	815
Baugewerbe	1662	1571	1625	1668	1668	1617	1680	1725	1727	1666	1706	1751
Produzierendes Gewerbe	10187	10056	10147	10303	10339	10318	10432	10600	10649	10609	10663	10752
Handel	3445	3445	3461	3467	3535	3563	3597	3626	3741	3787	3835	3844
Verkehr ⁴⁾	1456	1437	1448	1456	1460	1447	1464	1476	1483	1466	1481	1489
Handel und Verkehr	4901	4882	4909	4923	4995	5010	5061	5102	5224	5253	5316	5333
Öffentlicher Dienst ⁵⁾	4169	4173	4174	4175	4177	4186	4192	4197	4199	4204	4209	4214
Geld-, Bank- u. Vers.-gewerbe	924	929	937	941	947	957	965	969	975	980	985	989
Gastgewerbe	617	582	613	626	623	591	624	638	630	596	627	641
Dienstleistungshandwerk ⁶⁾	937	919	950	947	977	977	1009	999	1022	997	1035	1030
Sonstige Dienstleistungen ⁷⁾	2670	2664	2705	2701	2782	2834	2872	2850	2906	2884	2937	2931
Dienstleistungen, gesamt	9317	9267	9379	9390	9506	9545	9662	9653	9732	9661	9793	9805
Insgesamt	24643	24409	24669	24861	25073	25081	25397	25603	25843	25735	26018	26142
Veränderung gegenüber Vorjahr in vH												
Land- u. Forstwirtschaft	-0,4	2,0	0,0	-1,2	-2,1	2,0	3,4	1,2	2,1	1,9	1,7	1,6
Bergbau	-5,5	-5,6	-5,6	-5,2	-5,3	-5,3	-5,4	-5,5	-5,6	-5,1	-4,6	-5,2
Energiewirtschaft	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8	1,1	1,5	2,3	2,7	2,6	2,6	2,2
Verarbeitendes Gewerbe ³⁾	0,3	0,9	1,3	1,6	1,9	2,8	2,9	3,0	3,1	3,0	2,5	1,5
dav.: Grundstoff- u. Prod.-güter	0,0	0,3	0,4	0,6	0,8	1,4	1,3	1,0	0,8	1,4	0,9	0,4
Investitionsgüter	0,4	1,2	1,8	2,3	2,6	3,4	3,5	3,4	3,0	2,5	1,8	0,7
Verbrauchsgüter	0,3	1,0	1,3	1,5	1,7	2,5	2,7	2,7	3,1	2,9	2,8	2,3
Nahrungs- u. Genußmittel	0,0	0,3	0,1	-0,1	0,3	2,8	3,5	5,2	7,8	8,7	8,8	6,5
Baugewerbe	-1,2	2,3	0,1	-0,3	0,4	2,9	3,4	3,4	3,5	3,0	1,5	1,5
Produzierendes Gewerbe	-0,1	1,0	0,9	1,2	1,5	2,6	2,8	2,9	3,0	2,8	2,2	1,4
Handel	2,2	2,6	2,2	2,3	2,6	3,4	3,9	4,6	5,8	6,3	6,6	6,0
Verkehr ⁴⁾	-0,2	-0,3	0,1	0,2	0,3	0,7	1,1	1,4	1,6	1,3	1,2	0,9
Handel und Verkehr	1,4	1,7	1,6	1,7	1,9	2,6	3,1	3,6	4,6	4,9	5,0	4,5
Öffentlicher Dienst ⁵⁾	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,3	0,4	0,5	0,5	0,4	0,4	0,4
Geld-, Bank- u. Vers.-gewerbe	3,1	3,1	3,1	2,8	2,5	3,0	3,0	3,0	3,0	2,4	2,1	2,1
Gastgewerbe	1,1	1,2	1,2	1,1	1,0	1,5	1,8	1,9	1,1	0,8	0,5	0,5
Dienstleistungshandwerk ⁶⁾	3,2	3,8	4,6	4,5	4,3	6,3	6,2	5,5	4,6	2,0	2,6	3,1
Sonstige Dienstleistungen ⁷⁾	3,5	4,1	4,3	4,2	4,2	6,4	6,2	5,5	4,5	1,8	2,3	2,8
Dienstleistungen, gesamt	1,8	2,0	2,1	2,1	2,0	3,0	3,0	2,8	2,4	1,2	1,4	1,6
Insgesamt	0,9	1,5	1,5	1,6	1,7	2,8	3,0	3,0	3,1	2,6	2,4	2,1

¹⁾ Inländerkonzept; einschl. Heimarbeiter. — ²⁾ Einschl. Berlin (West). — ³⁾ Einschl. produzierendes Handwerk u. sonst. Kleingewerbe. — ⁴⁾ Einschl. Bundesbahn und Bundespost (Postbank, Postdienst, Telekom). — ⁵⁾ Einschl. Soldaten. — ⁶⁾ U.a. fotografisches Gewerbe, Wäschereien, Friseure, Gebäudereinigung. — ⁷⁾ Insbesondere freie Berufe, Organisationen ohne Erwerbszweck und private Haushalte.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des DIW.

strie aber nicht gelungen, da selbst die enormen Produktivitätszuwächse, die sich aufgrund der Entlassungen einstellten, von den Lohnzuwächsen mehr als ausgeglichen wurden. Zu einer echten Kostenentlastung und damit einer Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit kam es nicht.

Wird die Subventionierung vermindert, können nur die Unternehmen überleben, die durch den Import von Kapital oder die Freisetzung von Arbeitskräften ihre Lohnstückkosten am stärksten senken. Eine umfassende Kapitalbildung in Ostdeutschland und damit ein sich selbst tragender Aufschwung ist bei dem gegenwärtigen Tempo der Lohnangleichung nicht zu erwarten. Das hat auch langfristig erhebliche Auswirkungen auf das Niveau der Beschäftigung in Ostdeutschland.

Mit einem monatlichen Durchschnittseinkommen von 1 850 DM erzielen die vollbeschäftigten ostdeutschen Arbeitnehmer (Beschäftigte, die nicht von Kurzarbeit betroffen sind) derzeit etwa 50 vH des westdeutschen Lohnniveaus. In vielen Tarifbereichen wurde die weitgehende Angleichung der Löhne in Ostdeutschland an das westdeutsche Niveau bis Mitte der neunziger Jahre beschlossen. Die bei diesem Ziel erforderlichen Zuwächse von Löhnen und Gehältern sind erheblich. Unter der An-

nahme, daß sich die westdeutschen Löhne mit einer jährlichen Zuwachsrate wie im Durchschnitt der letzten 20 Jahre erhöhen, sind im Durchschnitt der ostdeutschen Wirtschaft jedes Jahr Lohnzuwächse von gut 20 vH notwendig (vgl. Tabelle „Lohnquote“,..., Spalte 8). In manchen Bereichen, in denen die Lohnunterschiede besonders ausgeprägt sind, z.B. in der Mineralölindustrie und der chemischen Industrie, sind sogar Zuwachsraten von über 30 vH erforderlich.

Lohnzuwächse in dieser Größenordnung sind ohne weitere Freisetzungen nicht möglich. In Westdeutschland lagen die jährlichen Produktivitätszuwächse je Beschäftigtenstunde in der verarbeitenden Industrie in den fünfziger und sechziger Jahren bei 5,4 bzw. bei 5,1 vH. Steigerungsraten der Produktivität in Ostdeutschland von rund 20 vH, wie in den Jahren 1991 und 1992, sind überwiegend mit der Freisetzung von Arbeitskräften zu erklären. Echte Produktivitätszuwächse — also ohne weiteren Beschäftigungsrückgang — können dagegen nur mit Hilfe einer regen Investitionstätigkeit erzielt werden. Fast alle Firmen im Treuhandbereich können Investitionen aber nicht finanzieren, da sie Verluste machen.

„Lohnquote“, Lohnhierarchie in Ostdeutschland und Anpassung an das westdeutsche Lohnniveau

Ausgewählte Wirtschaftszweige (sortiert nach Spalte 2)	Lohnquote ¹⁾ 2. Hj. 1990 in vH	Lohnhierarchie in Ostdeutschland ²⁾ 1991 in DM	Relation Ost- zu Westlohn 1991 in vH	Zeitbedarf für die vollständige Angleichung an das westdeutsche Lohnniveau ³⁾				Notwendiger Lohnzuwachs für vollständige Angleichung nach 5 Jahren in vH
				Järl. Zuwachsrate in vH	Jahre	Järl. Zuwachsrate in vH ⁴⁾	Jahre	
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)
Baugewerbe	—	2570	74	10	7	16,7	3	10,0
Druckerei, Vervielfältigung	74,5	2280	59	10	13	17,1	5	17,4
Energieversorgung	30,0	2080	40	10	26	18,8	8	27,4
Metallerzeugung u. -bearbeitung	758,5	2020	49	10	18	16,9	7	22,0
Mineralölverarbeitung	125,0	1920	28	10	33	17,8	12	36,2
Stahlbau	79,4	1870	43	10	23	18,1	8	25,3
Chemische Industrie	210,9	1860	33	10	34	19,4	10	32,6
Maschinenbau	102,4	1850	40	10	27	19,0	8	27,9
Handel	—	1781	54	10	17	18,3	6	20,0
Elektrotechnik	120,6	1760	40	10	29	19,7	8	27,9
EBM-Waren	139,3	1670	43	10	24	18,6	8	26,0
Bekleidungsindustrie	213,7	1650	67	10	11	17,7	4	14,8
Land- u. Forstwirtschaft	—	1280	54	10	13	14,8	7	18,7
Verarbeitendes Gewerbe	138,3	1802	43	—	—	—	—	—
Alle Bereiche	—	1864	50	10	17	17,1	7	21,2

1) Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit in vH der Nettowertschöpfung. — 2) Bei den hier vorgestellten Zahlen handelt es sich um Schätzungen unter Verwendung amtlicher Daten (Durchschnittslöhne in DM je Monat; ohne Kurzarbeiter). — 3) Für die Berechnung wurde angenommen, daß sich die westdeutschen Löhne während der Anpassung wie im Durchschnitt der letzten 20 Jahre entwickeln. — 4) Die ostdeutschen Löhne wachsen in diesem Szenario dreimal so stark wie die in Westdeutschland.

Quellen: Statistisches Bundesamt: Kostenstruktur des Produzierenden Gewerbes, ohne Baugewerbe, im Gebiet der ehemaligen DDR, 2. Halbjahr 1990, Arbeitsunterlage, November 1991; Wolfgang Scholz, Lohnpolitik im Übergang, in Arbeit und Sozialpolitik, Heft 11/12, 1991, auf der Basis von Berechnungen des DIW.

Saisonbereinigte Entwicklung der Beschäftigtenzahl¹⁾ in Westdeutschland²⁾
in 1000

	1988	1989				1990				1991		
	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III
Land- u. Forstwirtschaft	232	231	228	229	229	233	235	234	235	237	238	238
Produzierendes Gewerbe	10125	10153	10182	10233	10296	10388	10464	10541	10611	10671	10691	10699
dar.: Verarb. Gewerbe	8043	8067	8106	8155	8207	8278	8338	8406	8465	8517	8541	8541
Baugewerbe	1630	1637	1628	1632	1645	1668	1684	1693	1706	1714	1709	1719
Handel und Verkehr	4873	4892	4912	4940	4968	5015	5063	5124	5196	5257	5316	5359
Dienstleistungen	9270	9307	9358	9411	9475	9583	9632	9671	9706	9704	9760	9817
Beschäftigte, insgesamt	24500	24583	24680	24814	24969	25219	25394	25569	25748	25868	26005	26113

¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV 4). — ²⁾ Einschl. Berlin (West).
Quelle: Berechnungen des DIW unter Verwendung amtlicher Statistiken.

In dieser Situation, in der nicht genügend bestehende Arbeitsplätze gesichert werden können, ist die Schaffung neuer Arbeitsplätze nur durch einen starken Kapitalimport möglich. Es ist aber zu befürchten, daß selbst das beträchtliche Engagement westlicher Investoren nicht ausreicht, um mittelfristig einen hohen Beschäftigungsstand in Ostdeutschland zu erreichen.

Eine wirkliche Angleichung der Lebensverhältnisse in einem Zeitraum von fünf Jahren ist daher nicht zu erwarten. Werden die Löhne angeglichen, kann das Ziel eines hohen Beschäftigungsstandes nicht erreicht werden. Steigen die Löhne weniger stark, kann das Niveau der Beschäftigung höher sein, aber die Angleichung der Löhne dauert länger.

Sektorale Beschäftigungsentwicklung in Westdeutschland

Im dritten Quartal 1991 stieg die Zahl der Beschäftigten (ohne Pendler) in Westdeutschland saisonbereinigt um 100 000. Sie lag damit um reichlich eine halbe Million oder 2,1 vH über dem entsprechenden Vorjahresquartal. Das Muster der saisonbereinigten Entwicklung in den einzelnen Bereichen der Gesamtwirtschaft war jedoch recht uneinheitlich. Während sich in einigen wenigen Bereichen die Beschäftigungsexpansion leicht verstärkte, war das Tempo der Beschäftigungszunahme überwiegend geringer als zuvor, oder die Beschäftigung sank sogar.

Im verarbeitenden Gewerbe insgesamt, in dem ein Drittel der Arbeitskräfte in Westdeutschland beschäftigt ist, stagnierte die Beschäftigtenzahl. Lediglich in den konsumnahen Bereichen (Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe und Nahrungs- und Genußmittelindustrie) stieg die Zahl der Arbeitskräfte. Doch auch hier ging der Zuwachs in saisonbereinigter Betrachtung zurück.

Von der Schwäche sowohl der Auslands- als auch der Inlandsnachfrage am stärksten betroffen war das Investitionsgüter produzierende Gewerbe, das lange Zeit der Motor der Beschäftigungsexpansion war. Im dritten Quartal des vergangenen Jahres lag die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer — saisonbereinigt — unter dem Niveau vom ersten Vierteljahr. Eine ähnliche Entwicklung ist im Grundstoff- und Produktionsgüter produzierenden Gewerbe zu beobachten. Hier sank die Beschäftigtenzahl im zweiten und dritten Vierteljahr gegenüber dem jeweiligen Vorquartal mit einer Rate von jeweils 0,1 vH. In keiner der vier größten Branchen des verarbeitenden Gewerbes setzt sich die Expansion der Beschäftigung fort. Im Straßenfahrzeugbau ergab sich Stagnation, in der chemischen Industrie, der Elektrotechnik und im Maschinenbau verringerte sich die Beschäftigtenzahl sogar.

Nennenswert aufgestockt wurde die Belegschaft nur im Handel. Hier expandierte die Beschäftigung im dritten Jahresviertel saisonbereinigt um 40 000 Personen, dies entspricht einer Rate zum Vorquartal von 1,1 vH.

In den privaten Dienstleistungsbereichen war im Unterschied zu den übrigen Bereichen der Gesamtwirtschaft allerdings eine Beschleunigung der Beschäftigungsexpansion zu verzeichnen (+30 000). Ausschlaggebend dafür war der Beschäftigungsaufbau im Geld-, Bank- und Versicherungsgewerbe, im Dienstleistungshandwerk und in den sonstigen Dienstleistungen. Schlußlicht der Beschäftigungsexpansion im gesamten tertiären Sektor war wiederum der öffentliche Dienst.

Einkommensentwicklung in Westdeutschland

Die Bruttoeinkommen der westdeutschen Arbeitnehmer stiegen im dritten Quartal 1991 aufgrund der starken Tarif-

Beschäftigung, Bruttolöhne und -gehälter sowie Durchschnittseinkommen in Westdeutschland¹⁾
Veränderung gegenüber Vorjahr in vH

	1989	1990	1991 ²⁾	1989		1990				1991			
				III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV ²⁾
Beschäftigung	1,6	2,9	2,2	1,6	1,7	2,8	3,0	3,0	3,1	2,6	2,4	2,1	1,5
Bruttolöhne und -gehälter	4,6	7,8	8,5	4,5	4,6	6,7	8,1	7,3	8,7	6,9	9,6	9,3	8
Durchschnittseinkommen	3,0	4,7	6	2,8	2,8	3,9	5,0	4,2	5,5	4,2	7,0	7,0	6,5

¹⁾ Einschl. Berlin (West). — ²⁾ Schätzung; Bruttolohn- und -gehaltsumme und Durchschnittseinkommen gerundet.
Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des DIW.

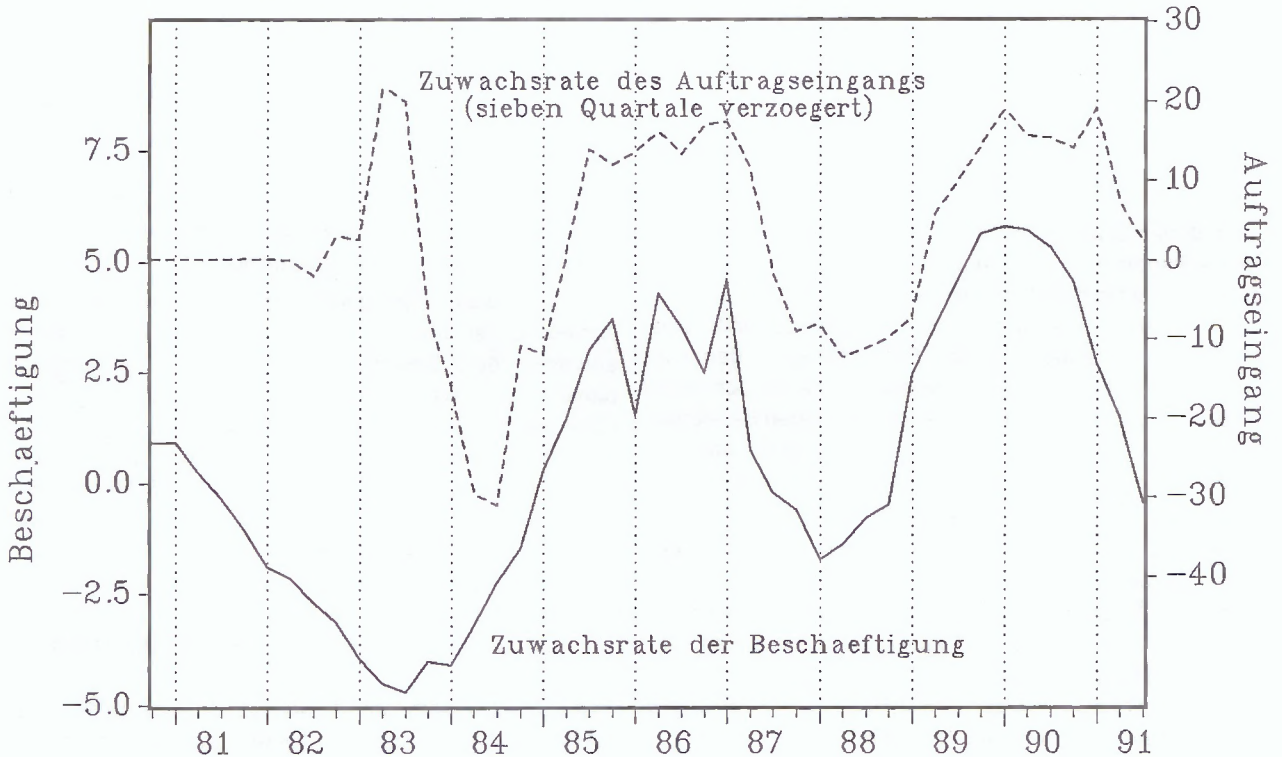
lohnerhöhungen außerordentlich kräftig. Die Bruttolohn- und -gehaltsumme erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 9,3 vH. Nachdem im vergangenen Jahr die Nettolohn- und -gehaltsumme aufgrund der zweiten Stufe der Steuerreform zunächst weit stärker gestiegen war als die Bruttolohn- und -gehaltsumme, nahm sie im dritten Quartal wegen des Solidaritätszuschlags und der Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge vergleichsweise nur noch etwa halb so stark zu.

Die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit — sie sind für die Lohnkostenbelastung der Unternehmen relevant — lagen um 9,6 vH über dem entsprechenden Vorjah-

resniveau. Bei einem Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts von 3,0 vH ergab sich im dritten Quartal 1991 eine Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten von 6,4 vH. Im verarbeitenden Gewerbe stiegen die Lohnkosten je Produkteinheit mit einer Zuwachsrate von 3,9 vH allerdings wesentlich schwächer. Die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen sanken gegenüber dem Vorjahr um 1,5 vH.

Die monatlichen Durchschnittseinkommen in Westdeutschland stiegen im dritten Quartal um 7 vH. Überdurchschnittlich verbesserten sich die Einkommen im Bergbau (plus 8,5 vH). Besonders kräftige Zuwächse der

Entwicklung von Beschäftigung und Auftragseingang aus dem Ausland im Maschinenbau



Monatseinkommen ergaben sich im öffentlichen Dienst; hier betrug die Zuwachsrate 9 vH. Schwächer erhöhten sich die Monatseinkommen dagegen im verarbeitenden Gewerbe. Mit einem Zuwachs von 4,8 vH lag die Nahrungs- und Genußmittelindustrie am Ende der Einkommensentwicklung. Die gleichzeitig überdurchschnittliche Erhöhung der Beschäftigtenzahl deutet darauf hin, daß in diesem Bereich viele Teilzeitarbeitsplätze geschaffen wurden. Ähnliches gilt für den Handel.

Ausblick

Im vierten Quartal 1991 dürfte die Beschäftigung in Westdeutschland saisonbereinigt zwar weiter zugenommen haben, aber mit verringertem Tempo. Im Vergleich zum Vorjahr wird sich noch ein Zuwachs von 1,5 vH ergeben. Die Durchschnittseinkommen werden gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um etwa 6,5 vH gestiegen sein. Für die Bruttolohn- und -gehaltssumme ergibt sich damit ein Anstieg von rund 8 vH.

Daß es insgesamt noch zu einem Anstieg der Beschäftigung kommt, ist ausschließlich auf die Aufstockung der Belegschaftszahlen im tertiären Sektor zurückzuführen. Für

das verarbeitende Gewerbe dagegen ist angesichts der Abschwächung der Weltkonjunktur und mit dem Auslaufen der stimulierenden Effekte aus Ostdeutschland keine weitere Expansion der Beschäftigung zu erwarten.

Schwankungen der Konjunktur wirken sich im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe besonders stark auf Produktion und Beschäftigung aus, da bei Gewinneinbußen die Nachfrage nach Investitionsgütern regelmäßig am stärksten betroffen ist. Bei der ausgeprägten Exportabhängigkeit der Produzenten von Investitionsgütern in Westdeutschland schlagen sich hier Schwächephasen der Weltwirtschaft besonders stark nieder. Der Zusammenhang zwischen Auslandsnachfrage und Beschäftigung zeigt sich insbesondere im Maschinenbau. In den achtziger Jahren sind hier Veränderungen des Beschäftigtenstandes vorwiegend auf Schwankungen der Auslandsbestellungen zurückzuführen (vgl. Schaubild).

Sinken die Auftragseingänge aus dem Ausland, so folgt die Beschäftigungsanpassung mit einer Verzögerung von etwa $1\frac{3}{4}$ Jahren. Die jüngste Entwicklung ist deshalb nicht das Ergebnis einer fundamentalen Wettbewerbsschwäche der westdeutschen Industrie, sondern lediglich Folge der konjunkturellen Probleme der wichtigsten Handelspartner.

Abwanderung von Arbeitskräften und Einkommenspolitik in Ostdeutschland

In der öffentlichen Diskussion wird im allgemeinen davon ausgegangen, daß das Einkommensgefälle zwischen den neuen und den alten Bundesländern zur Abwanderung besonders der qualifizierten Arbeitnehmer in den Westen führt. Bei Tarifverhandlungen wird daraus die Forderung abgeleitet, die Arbeitseinkommen möglichst rasch auf Westniveau anzuheben. Der Wunsch, in den Westen umzuziehen, wird aber stärker von anderen Faktoren, insbesondere dem drohenden Verlust des Arbeitsplatzes bestimmt. Soll vor allem die Abwanderung qualifizierter Arbeitnehmer in den Westen begrenzt werden, dann wirkt eine rasche Angleichung der Einkommen, wenn sie in vielen Bereichen den Beschäftigungsrückgang beschleunigt, vor dem Hintergrund dieser Befunde sogar kontraproduktiv.

Maßgeblich für die Abwanderungen aus dem dichter besiedelten Süden der ehemaligen DDR ist überdies der schlechte Umweltzustand, der kurzfristig nicht verbessert werden kann.

Zur Einkommenssituation in den neuen Bundesländern

Im Jahre 1991 wurde in Ostdeutschland ein durchschnittliches Tariflohniveau erreicht, das bei 60 vH der westlichen Tariflöhne liegt. Die Effektivlöhne in den neuen Bundesländern erreichen brutto freilich erst etwa 50 vH der in Westdeutschland gezahlten Löhne¹. Eine Diskrepanz zwischen Tarif- und Effektivlöhnen (Lohndrift) ist im allgemeinen nicht ungewöhnlich. So gibt es in Westdeutschland bedeutsame regionale Lohnunterschiede, obwohl es nur eine geringe regionale Differenzierung der Tariflöhne gibt. Ein Nord-Süd-Vergleich, bei dem auch zwischen Stadt- und Landregionen unterschieden wird, zeigt in Westdeutschland über Jahre hinweg stabile Effektivlohndifferenzen bei vergleichbarer Qualifikation und Tätigkeit von bis zu 25 vH². Regionale Lohnunterschiede von 100 vH, wie derzeit zwischen Ost- und Westdeutschland, sind aber sicherlich nicht durchhaltbar. Eine schematische Angleichung der Effektivlöhne kann folglich kein sinnvolles Ziel einer gesamtdeutschen Lohnpolitik sein.

Da die meisten Menschen in Familien leben, kommt es für deren „Wohlstandsniveau“ nicht nur auf die Lohnsätze an, sondern auf das gesamte Haushaltseinkommen. Aufgrund der höheren Erwerbsbeteiligung der Frauen in der DDR, die im Zuge der Vereinigung kaum zurückgegangen ist, beträgt das durchschnittliche Haushaltseinkommen in Ostdeutschland etwas über 60 vH der westdeutschen Einkommen³. Für die Entwicklung der Haushaltseinkommen in Familien ist die Vermeidung von Arbeitslosigkeit in einer Familie bedeutsamer als eine etwas höhere Lohnsteigerung. Arbeitslosigkeit, die nicht nur kurzfristig das Einkommen senkt, sondern auch die mittel- und langfristigen Einkommenserwartungen deutlich verschlechtert, da sie zu Qualifikationsverlusten führt, stellt somit einen weit stärkeren Abwanderungsanreiz dar als niedrige Lohnsteigerungsraten.

Qualifikation und Lohnstruktur

Für die Beurteilung des Zusammenhangs zwischen Qualifikation, Einkommen und Abwanderung ist auch ent-

scheidend, ob für bestimmte Beschäftigtengruppen besonders starke Anreize zur Abwanderung in den Westen bestehen. Die Einkommensstruktur nach der beruflichen Qualifikation läßt auf den ersten Blick auf einen solchen Zusammenhang schließen. In der DDR verdiente im Jahre 1989 ein vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer 70 vH des Durchschnittslohnes aller Beschäftigten, ein Hochschulabsolvent dagegen 140 vH. Die Lohnspanne war damit schon damals geringer als in der Bundesrepublik (73 vH bis 152 vH). Im Hinblick auf die notwendige weitere Differenzierung der Lohnstruktur ist die anfänglich durch Sockelanhebungen gekennzeichnete Lohnpolitik in den neuen Bundesländern also offenbar in die falsche Richtung gelaufen: Im Frühjahr 1991 verdienten Beschäftigte ohne Berufsausbildung 81 vH und Hochschulabsolventen nur noch 125 vH des Durchschnittslohnes.

Für eine genauere Analyse des Zusammenhangs zwischen Qualifikation und Ausbildung muß indes berücksichtigt werden, daß die Beschäftigten in der DDR formal über ein sehr hohes Ausbildungsniveau verfügten. Die Folge war, daß viele Beschäftigte in weit höherem Ausmaß als in Westdeutschland an ihrem Arbeitsplatz nicht ihrer beruflichen Ausbildung entsprechend eingesetzt werden konnten. So waren 16 vH aller männlichen Hochschulab-

¹ Aufgrund des progressiven Einkommensteuersystems betragen die effektiven Nettolöhne in den neuen Bundesländern jedoch 55 vH des westdeutschen Niveaus. Alle Zahlenangaben in diesem Bericht beziehen sich — sofern nichts anderes vermerkt ist — auf das Sozio-ökonomische Panel (SOEP), eine Wiederholungsbefragung bei Privathaushalten, die seit 1984 in der alten Bundesrepublik Deutschland läuft und die im Juni 1990 auf Ostdeutschland ausgeweitet wurde. Im Frühjahr 1991 wurde in den neuen Bundesländern die 2. Welle des SOEP erhoben.

² Vgl. dazu Martin Gornig und Johannes Schwarze, Möglichkeiten und Grenzen regionaler Einkommensanalysen mit dem Sozio-ökonomischen Panel deskriptive und regressionsanalytische Ergebnisse. Diskussionspapier der Universität Bremen, 1992.

³ Vgl. Ostdeutscher Einkommensrückstand schrumpft. Bearb.: Klaus-Dietrich Bedau et al.. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 29/91, sowie Entwicklung der Haushaltseinkommen in Ostdeutschland 1989/90. Bearb.: Johannes Schwarze und Birgit Parakenings. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 17/91, S. 215-220.

solventen auf Arbeitsplätzen beschäftigt, die auch ein gelernter Ingenieur oder Facharbeiter hätte ausfüllen können, während 27 vH aller männlichen Facharbeiter Tätigkeiten ausübten, für die ungelernete oder angelernte Kräfte hätten eingestellt werden können. Unter Berücksichtigung der Überqualifikation ergibt sich folglich eine stärkere Differenzierung der Lohnstruktur, als bisher allgemein angenommen wurde⁴.

So verdiente in der DDR ein nicht seiner Qualifikation entsprechend eingesetzter Facharbeiter im Durchschnitt 4 vH weniger als sein „richtig“ eingesetzter Kollege. Ganz allgemein gilt: Höhere berufliche Qualifikation zahlte sich erst dann richtig aus, wenn sie am Arbeitsplatz auch entsprechend angewendet werden konnte. Dies tritt erst 1991 in den neuen Bundesländern deutlich zu Tage. Am auffälligsten ist dieser Effekt bei Beschäftigten mit einer abgeschlossenen Meisterausbildung, die, wenn sie richtig eingesetzt werden, fast 18 vH mehr Arbeitseinkommen erzielen als Facharbeiter; 1989 hatte dieser Unterschied nur 8,2 vH betragen. Dagegen hat ein nicht seiner Ausbildung entsprechend eingesetzter Meister, verglichen mit einem Facharbeiter, so gut wie keinen Einkommensvorteil mehr. Deutlicher geworden sind auch die Unterschiede bei der Entlohnung zwischen qualifikationsadäquat beschäftigten Ingenieuren und Hochschulabsolventen auf der einen und Facharbeitern auf der anderen Seite. Bei den überqualifizierten Beschäftigten sind in beiden Gruppen die Entlohnungsunterschiede hingegen deutlich zurückgegangen.

Abwanderung: Ein Trade-off zwischen Arbeitslosigkeit und Einkommenssteigerung?

In der öffentlichen Diskussion wird zumeist kaum berücksichtigt, daß aktuelle Einkommensunterschiede die Wanderungsabsichten weniger bestimmen als längerfristige Einkommenserwartungen⁵. Da mit jeder Wanderung Kosten verbunden sind, materieller und immaterieller Art, führt nicht jedes höhere Einkommen, das an einem anderen Ort zu verdienen ist, unmittelbar zu Wanderungen. Erst bei großen Einkommensunterschieden ist mit Abwanderungen zu rechnen. Bei der Ost-West-Wanderung seit 1989 spielt der große Einkommensabstand sicherlich eine Rolle. Aktuell geht es aber darum, welchen Einfluß die derzeit diskutierten Lohnsteigerungsraten auf die Abwanderung aus Ostdeutschland haben.

Auch bei optimaler Kombination von Lohnhöhe und Beschäftigungsentwicklung wäre für die Ost-West-Wanderung ein Wert nahe Null nicht zu erwarten. Gegenwärtig ist mit einer Netto-Abwanderungsquote aus den neuen Bundesländern von 1 vH pro Jahr zu rechnen. Zum Vergleich: Aus dem bevölkerungsmäßig etwa gleichgroßen Nordrhein-Westfalen sind in den Jahren 1978 bis 1987 jährlich etwa 0,2 von Tausend Personen (netto) abgewandert⁶. Dies war unter anderem die Reaktion auf die Beschäftigungsprobleme in Nordrhein-Westfalen. Sie haben letzt-

lich auch zu einem Abbau der regionalen Arbeitsmarktungleichgewichte beigetragen. Dem steht das Problem gegenüber, daß bei einer „passiven Sanierung“ durch den Abzug von Kaufkraft und Arbeitskräftepotential die Entwicklungsmöglichkeiten einer Region verschlechtert werden können. Die Frage, ob Vor- oder Nachteile überwiegen, kann zwar nicht abschließend beantwortet werden, empirisch analysieren läßt sich aber, von welchen Determinanten mögliche Abwanderungen abhängen.

Mit Hilfe der Ost-Stichprobe des SOEP kann geprüft werden, wie stark bei Personen, die mit ihrem Haushaltseinkommen mehr oder weniger zufrieden sind, die Absicht ausgeprägt ist, in den Westen abzuwandern⁷. Außerdem kann der Frage nachgegangen werden, wie bereits eingetretene Arbeitslosigkeit, die Erwartung von eigener Arbeitslosigkeit oder die des Ehepartners, Hausbesitz und die Zufriedenheit mit der Umwelt die Abwanderungsneigung beeinflussen. Für die Abwanderungsabsicht kann zudem zwischen kurz- und mittelfristigen Absichten unterschieden werden⁸.

Von den unter 50jährigen Erwerbspersonen, auf die es für die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland ankommt, würden knapp 5 vH gerne in die alten Bundesländer umziehen (Tabelle 1); bei den besonders Unzufriedenen ist die Abwanderungsbereitschaft etwas höher. Dahinter verbirgt sich allerdings auch ein Alterseffekt: Jüngere, deren Wanderungsbereitschaft grundsätzlich etwas höher ist, sind auch mit dem Haushaltseinkommen, das ihnen zur Verfügung steht, unzufriedener. Kontrolliert man in einer multivariaten Analyse das Alter und weitere Variablen (z.B. den Familienstand und die Haushaltsstruktur), so zeigt sich kein signifikanter linearer Zusam-

⁴ Dies sind Ergebnisse einer Einkommensfunktion, die unter Kontrolle verschiedener lohnbestimmender Merkmale geschätzt worden ist. Vgl. Johannes Schwarze: Lohnstruktur und Lohnniveau abhängig beschäftigter Männer in den neuen Bundesländern — Die Entwicklung bis 1991 und alternative lohnpolitische Modelle. DIW-Diskussionspapier, Berlin 1992.

⁵ Vgl. auch Pendler und Migranten — Zur Arbeitskräftemobilität in Ostdeutschland. Bearb.: Wolfgang Scheremet und Jürgen Schupp. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 3/92, S. 21-26, hier: S. 25 f.

⁶ Vgl. Szenarien der Bevölkerungsentwicklung in der DDR. Bearb.: Erika Schulz. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 23-24/90, S. 315-321, hier: S. 318.

⁷ Im SOEP werden standardmäßig Fragen über die persönliche Zufriedenheit in verschiedenen Lebensbereichen gestellt. Unter anderem wird nach der Zufriedenheit mit dem Haushaltseinkommen und dem Zustand der Umwelt in der Region, wo ein Befragter lebt, gefragt. Die Befragten ordnen ihre Antwort auf einer Skala an, die den Wert 0 für „ganz und gar unzufrieden“ und den Wert 10 für „ganz und gar zufrieden“ hat.

⁸ Im SOEP können die Befragten auf die Frage „Können Sie sich auch vorstellen, nach Westdeutschland bzw. West-Berlin umzuziehen?“ folgende vier Antwortvorgaben ankreuzen: „Ja, gerne“, „Unter Umständen“, „Eher nein“, „Nein, unter keinen Umständen“. Als kurzfristige Abwanderungsneigung gilt die Antwort „Ja, gerne“. Als mittelfristig abwanderungsbereit werden all diejenigen Befragten eingestuft, die „Ja, gerne“ bzw. „Unter Umständen“ angeben.

Tabelle 1

**Kurz- und mittelfristige Bereitschaft
erwerbsfähiger Männer (bis einschließlich 49 Jahre)
aus Ostdeutschland in die alten Bundesländer umzuziehen
(Frühjahr 1991)**

	Kurzfristig	Mittelfristig
	in vH	
Insgesamt	4,9	50,2
Voll erwerbstätig	4,6	47,9
Kurzarbeit	2,2	46,1
Arbeitslos oder Nicht erwerbstätig	7,4	59,2
Pendler	9,3	61,9

Quelle: Das Sozio-ökonomische Panel (Ost) 1991.

menhang mehr für das Ausmaß der Einkommensunzufriedenheit und der Wanderungsbereitschaft. Lediglich ganz besonders Unzufriedene — das sind 12 vH der erwerbstätigen Männer — haben eine etwas höhere Abwanderungsbereitschaft. Es ist auch nicht so, daß die Hochqualifizierten, die die größten potentiellen Einkommensgewinne erzielen könnten, kurzfristig eher abwandern wollen. Ist hingegen bereits Arbeitslosigkeit eingetreten, so steigt die Abwanderungsbereitschaft deutlich.

Wer als Erwerbstätiger glaubt, in nächster Zeit arbeitslos zu werden, hat eine überdurchschnittlich hohe Abwanderungsbereitschaft. Bereits eingetretene Arbeitslosigkeit beim Ehepartner erhöht die Umzugsbereitschaft ebenfalls erheblich⁹.

Kurzarbeit dagegen gibt den Betroffenen offensichtlich ein nur schwer interpretierbares Signal. Während alle Experten damit rechnen, daß Kurzarbeit für die meisten Betroffenen nur die Vorstufe zur Arbeitslosigkeit ist und damit an sich die Abwanderungsneigung erhöhen sollte, ist dies bei Kurzarbeitern (auch bei Kurzarbeit Null) nicht der Fall. Diese Form der Lohnsubventionierung gibt nicht nur den Betrieben keinen Anreiz, zukunftsorientiert zu handeln, sondern auch die betroffenen Arbeitnehmer werden immobil.

Kurzfristig spielt die formale Qualifikation der Arbeitnehmer für die Abwanderungsneigung keine statistisch signifikante Rolle (Tabelle 2). Somit finden sich keine Anhaltspunkte, daß bislang vorwiegend die besser Qualifizierten abgewandert sind. Die wirtschaftlichen Entwicklungschancen der neuen Bundesländer werden durch die Abwanderungen allerdings beeinträchtigt, weil vor allem jüngere Menschen in den Westen umziehen. Die besser Ausgebildeten, die sich in den neuen Bundesländern gegenwärtig noch besonders schlecht stehen, wollen die mit einem Umzug verbundenen Kosten vermeiden. Zudem mögen sie gegenwärtig auch Probleme haben, entspre-

Tabelle 2

**Kurz- und mittelfristige Bereitschaft
erwerbstätiger Männer (bis einschließlich 49 Jahre;
ohne Kurzarbeiter und West-Pendler)
aus Ostdeutschland in die alten Bundesländer umzuziehen
(Frühjahr 1991)**

	Kurzfristig	Mittelfristig
	in vH	
Insgesamt	4,6	47,9
Große Unzufriedenheit mit dem Haushaltseinkommen ¹⁾	6,1	50,2
Erwartung eigener Arbeitslosigkeit	14,0	54,2
Ehefrau arbeitslos	10,1	43,3
Facharbeiterabschluß	4,3	47,5
Fachhochschulabschluß	4,7	46,0
Universitätsabschluß	3,0	51,6
Arbeiter ²⁾	4,5	47,5
Angestellter ²⁾	4,8	60,0
Hochqualifizierter Angestellter ²⁾	4,5	50,8
Landwirtschaftliche Tätigkeit ²⁾	5,5	37,7
Hausbesitz	2,9	32,1
Große Unzufriedenheit mit der Umwelt ³⁾	8,3	52,9
Ost-Berlin	6,0	51,8
Süden ⁴⁾	6,0	48,2

1) Skalenwerte 0 bis 2 aus 0 bis 10. — 2) Berufliche Stellung im Jahre 1990. — 3) Skalenwerte 0 bis 2 aus 0 bis 10. — 4) ehemalige DDR-Bezirke Dresden, Leipzig und Karl-Marx-Stadt.
Quelle: Das Sozio-ökonomische Panel (Ost) 1990/91.

chende Stellen im Westen zu finden. Wenn sich der relative Einkommensnachteil der besser Qualifizierten auf Dauer immer gravierender bemerkbar machen sollte, schließen diese einen Umzug mittelfristig weniger aus als Arbeiter und in der Landwirtschaft Tätige.

Der Einfluß von Wohneigentum und Umweltbelastung

Deutlich gesenkt wird die Abwanderungsneigung, wenn ein Befragter im eigenen Hause wohnt. Kurzfristig würde eine Veräußerung in Ostdeutschland meist zu Verlusten führen, da ein Haus in Westdeutschland teurer wäre.

Für die Einschätzung der Abwanderungsbereitschaft bedeutsam ist der Effekt, daß Unzufriedenheit mit dem Umweltzustand ebenfalls statistisch signifikant die kurzfri-

⁹ Die Umzugsbereitschaft arbeitsloser Ostdeutscher (Tabelle 1) und die noch höhere Bereitschaft bei denen, die erwarten (Tabelle 2), daß sie arbeitslos werden, zeigt, daß viele derjenigen, die tatsächlich umziehen, dadurch Arbeitslosigkeit vermeiden.

stige Abwanderungsbereitschaft stärker erhöht als Unzufriedenheit mit dem erzielten Haushaltseinkommen — wobei insgesamt 30 vH der erwerbstätigen Männer mit der Umwelt sehr unzufrieden sind. Regional gesehen heißt dies, daß im Süden der neuen Bundesländer, die höher verdichtet sind und einen schlechten Umweltzustand aufweisen, die Abwanderungsbereitschaft um etwa 50 vH höher ist als im Norden Ostdeutschlands, der ländlich strukturiert und dünner besiedelt ist. Die nicht zuletzt umweltbedingt hohe Abwanderungsbereitschaft im Süden konnte man schon in der DDR beobachten, in der es seit Beginn der sechziger Jahre einen stetigen Abwanderungsstrom vor allem in Richtung Berlin gab¹⁰. Diese umweltbedingte Abwanderung ist kurzfristig kaum zu stoppen.

Die überdurchschnittlich hohe Abwanderungsneigung der Ost-Berliner ist wahrscheinlich zum großen Teil auf West-Berlin gerichtet, so daß sich für den Großraum Berlin ein allenfalls geringer Netto-Effekt ergibt.

Nur geringer unmittelbarer Einfluß der Lohnpolitik

Will man mit der Lohn- und Einkommenspolitik die innerdeutsche Migration beeinflussen, so lassen die Ergebnisse nur den Schluß zu, daß es kurzfristig weit wichtiger ist, die Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland einzudämmen, als höhere Löhne zu zahlen. Geringere Zunahmen der Löhne führen nicht unmittelbar zu Abwanderungen, da für die meisten Menschen die bei einem Umzug anfallenden Transaktionskosten sehr hoch sind. Die mit Arbeitslosigkeit

verbundene Abnahme der aktuellen Einkommen und der Einkommenserwartungen machen für mehr Menschen die Abwanderung hingegen sinnvoll. Für die Abwanderungsneigung ist letztlich die Situation eines gesamten Haushaltes entscheidend, insofern muß auch die Situation des Ehepartners berücksichtigt werden. Für Zweitverdiener ist ein Umzug deutlich schwieriger, da zwei Arbeitsplätze in Westdeutschland gefunden werden müssen.

Die Arbeitslosigkeit von Ehefrauen vergrößert auf jeden Fall die Abwanderungsbereitschaft. Eine hohe Erwerbsbeteiligung der Frauen dämpft dagegen nicht nur die Umzugsbereitschaft. Die Erwerbstätigkeit von Müttern und Ehefrauen führt schließlich dazu, daß die Haushaltseinkommen in Ostdeutschland rascher an das Einkommensniveau in Westdeutschland herangeführt werden, wo Frauenerwerbsbeteiligung noch immer eine geringere Rolle spielt.

Eine weitere, an den alten Bundesländern orientierte Differenzierung der Löhne in Abhängigkeit von der Qualifikation ist notwendig, um langfristig die richtigen Anreize zur Bildung von Humankapital und kurzfristig die Leistungsbereitschaft zu fördern. Dadurch wird mittelfristig auch die Abwanderung besonders qualifizierter Beschäftigter gedämpft.

¹⁰ Vgl. W. Ostwald (Hrsg.), Raumordnungsreport '90 — Daten und Fakten zur Lage in den ostdeutschen Ländern, Berlin, S. 40 ff.

Aus den Veröffentlichungen des DIW Beiträge zur Strukturforschung

Erscheinen seit 1967. Format DIN A 4.

- Heft 104 **Struktur und Wettbewerbsfähigkeit der Schuhindustrie in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Gerhard Necker-
mann und Hans Wessels. 172 S. 1988. DM 58,—.
- Heft 105 **Möglichkeiten und Grenzen der Regionalisierung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung in der Bundesrepublik
Deutschland.** Von Kurt Geppert und Bernd Görzig. 212 S. 1988. DM 68,—.
- Heft 106 **Berufstart in Berlin.** Von Friederike Behringer und Klaus-Peter Gaulke. 250 S. 1988. DM 76,—.
- Heft 107 **Strukturverschiebungen zwischen sekundärem und tertiärem Sektor.** Von Frank Stille, Renate Filip-Köhn, Heiner
Flassbeck, Bernd Görzig, Erika Schulz und Reiner Stäglich. 235 S. 1988. DM 74,—.
- Heft 108 **Investitionen, Beschäftigung und Produktivität.** Zu den Arbeitsplatzeffekten einer verstärkten Investitionstätigkeit vor
dem Hintergrund sektoraler Entwicklungen. Von Bernd Görzig, Jürgen Blazejczak, Gustav Adolf Horn, Wolfgang
Kirner, Erika Schulz und Frank Stille. 265 S. 1988. DM 78,—.
- Heft 109 **Zukünftiger Finanzbedarf für die Verkehrswege in Städten und Gemeinden unter besonderer Berücksichtigung von
Ersatzinvestitionen.** Von Heinz Enderlein, Hartmut Kuhfeld und Uwe Kunert. 193 S. 1988. DM 66,—.
- Heft 110 **Die Einkommensverteilungseffekte der Staatsverschuldung in einer unterbeschäftigten Wirtschaft — Analyse an-
hand eines ökonomischen Konjunkturmodells für die Bundesrepublik Deutschland.** Von Rudolf Zwiener. 176 S. 1989.
DM 62,—.
- Heft 111 **Die Besteuerung der Unternehmensgewinne — Sieben Industrieländer im Vergleich.** Von Bernhard Seidel, Fritz
Franzmeyer, Joachim Volz und Dieter Teichmann. 265 S. 1989. DM 86,—.
- Heft 112 **Ost-West-Kooperation — Bestandsaufnahme und Ergebnisse einer Umfrage.** Von Horst Lambrecht, Jochen Beth-
kenhagen, Karl Betz, Heinrich Machowski und Doris Cornelsen (Projektleitung). 148 S. 1990. DM 52,—.
- Heft 113 **Die Energiewirtschaft in den kleineren Mitgliedstaaten des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe — Entwick-
lungstendenzen in den achtziger Jahren.** Von Jochen Bethkenhagen. 257 S. 1990. DM 84,—.
- Heft 114 **Wirkungsanalyse der Novellierung der Herstellerpräferenz (§§ 1 ff Berlin FG) von 1982.** Von Alexander Eickelpasch
und Peter Ring. 218 S. 1990. DM 72,—.
- Heft 115 **Wirkungsanalyse der Forschungspersonal-Zuwachsförderung — In Zusammenarbeit mit dem Fraunhofer-Institut für
Systemtechnik (ISI).** Von Kurt Hornschild (Projektleiter), Frieder Meyer-Krahmer (DIW), Gerhard Becher, Gisela
Gielow, Uwe Kuntze (ISI). 224 S. 1990. DM 74,—.
- Heft 116 **Ein dynamisches Input-Output-Modell zur Abschätzung der Auswirkungen ausgewählter neuer Technologien auf
die Beschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Dietmar Edler. 233 S. 1990. DM 76,—.
- Heft 117 **Forschung und Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe von Berlin.** Von Uwe Müller. 338 S. 1990. DM 94,—.
- Heft 118 **Marktabstottungspolitiken wichtiger Schwellenländer und wirtschaftliche Entwicklung. — Empirische Untersu-
chungen am Beispiel der Elektronikindustrie und des Kraftfahrzeugbaus in Brasilien, Indien und Korea.** Von Dieter Schu-
macher und Herbert Wilkens. 210 S. 1990. DM 74,—.
- Heft 119 **Berechnung der Kosten und der Ausgaben für die Wege des Eisenbahn-, Straßen-, Binnenschiffs- und Luftverkehrs
in der Bundesrepublik Deutschland für das Jahr 1987.** Von Heinz Enderlein und Uwe Kunert. 106 S. 1990.
DM 48,—.
- Heft 120 **Künftige Perspektiven des Wohnungsbaus und der Wohnungsbaufinanzierung für das Gebiet der neuen Bundes-
länder.** Von Bernd Bartholmai und Manfred Melzer. 139 S. 1991. DM 62,—.
- Heft 121 **Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft der DDR.** Von Bernd Görzig und Martin Gornig. 104 S.
1991. DM 48,—.
- Heft 122 **Bauwirtschaft im Gebiet der ehemaligen DDR — mögliche Entwicklung der Kostenstruktur im Zuge der Neuordnung
nach der Wirtschaftsunion.** Von Bernd Bartholmai, Manfred Melzer und Lutz Uecker. 95 S. 1991. DM 46,—.
- Heft 123 **Zeitreihen des Anlagevermögens in Industriezweigen nach Beschäftigtengrößenklassen.** Von Bernd Görzig. 134 S.
1991. DM 62,—.
- Heft 124 **Die Außenwirtschaftsförderung der wichtigsten Konkurrenzländer Deutschlands — Frankreich, Großbritannien,
Japan und USA im Vergleich —.** Von Siegfried Schultz, Joachim Volz und Christian Weise. 198 S. 1991. DM 72,—.

Der nächste Wochenbericht erscheint am 13. Februar 1992

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (0 30) 82 99 10 — Telefax (0 30) 82 99 12 00

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Doris Cornelsen, Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Hans Heuer,
Dr. Kurt Hornschild, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Eckhard Kutter, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Der Arbeitsmarkt in Deutschland. Bearbeitet von Wolfgang Scheremet. —

Abwanderung von Arbeitskräften und Einkommenspolitik in Ostdeutschland. Bearbeitet von Johannes Schwarze und Gert Wagner.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41, Telefon (0 30) 7 90 00 60.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 150,—, vierteljährlich DM 45,—, Einzelnummer DM 5,—.

Zuzüglich Versandkosten

— Hierzu 1 Prospekt des Verlages Duncker & Humblot GmbH —